

Winterthur feiert die Verleihung des Stadtrechts vor 750 Jahren Seite 12

Zwiespältige gastronomische Eindrücke aus Bubikon Seite 12

Eine literarische Entdeckungsreise an entlegene Küsten Seite 13

Schwere Riffs und treibende Beats: Black Sabbath in Zürich Seite 13

# Eine kluge Antwort auf Vielfalt fällt weg

Im Kanton Zürich endet das Experiment Grundstufe mit dem Sommerferienbeginn endgültig

Mit einem doppelten Nein haben die Zürcher 2012 der Grundstufe eine definitive Absage erteilt. Die letzten Klassen schliessen dieser Tage. Anders verhält es sich in Bern und Luzern.

Walter Berner

Seit einem Jahr läuft im Kanton Zürich der Schulversuch «Fokus starke Lernbeziehungen». Die Beschränkung auf zwei Lehrpersonen pro Klasse soll mehr Ruhe und Konzentration in die Schule bringen und eine individuellere Förderung erlauben. Kennen wir das nicht schon? Ja und Nein. Ja, auch die Grund- oder Basisstufe sah vor, dass zwei Lehrpersonen eine Klasse gemeinsam betreuen, um auf die in der Anfangsphase der Schulzeit besonders grossen Entwicklungsunterschiede der Kinder besser eingehen zu können. Und Nein, die beiden Grundstufen-Lehrerinnen, eine Kindergärtnerin und eine Primarlehrerin, wären nicht weitgehend allein im Klassenzimmer gewesen, sondern hätten die Unterstützung einer schulischen Heilpädagogin genossen.

## Grosses Engagement

Die Grundstufe war eben nicht einfach ein Korrektiv gegen eine ungunstige Entwicklung – jener zu immer mehr Fachleuten im Klassenzimmer – wie der neue Schulversuch. Sie stellte eine umfassende pädagogische Antwort auf die zum Problem gewordene Heterogenität der Schülerschaft dar. Nicht mehr das Alter der Kinder sollte bestimmen, wann sie neben dem Spielen mit dem Lernen beginnen. Der Übergang sollte fließend möglich sein, abhängig von Reife und Bereitschaft des einzelnen Kindes.

Grundstufenklassen waren als Mehrjahrgangsklassen für Kinder von 4 bis 7 oder 8 Jahren konzipiert, denen auch der Stoff der ersten Primarklasse vermittelt werden sollte. So wollte man ein breites Spektrum von sozialem Lernen ermöglichen – nach dem Motto «Kinder lernen von Kindern». Je nach individueller Entwicklung wären die Kinder nach 2, 3 oder 4 Jahren in die Primarstufe übergetreten. Erhofftes Ziel war es, den Kindern einen besseren Start in die spätere Schulkarriere zu ermöglichen und damit die «Risikogruppe» von Schülern, die die Lernziele nie erreichen, zu verkleinern.

Die Grundstufe war all jenen ein Dorn im Auge, die eine «Verschulung» des Kindergartens befürchteten. Als Bestandteil des Volksschulgesetzes, das Ernst Buschor als Erziehungsdirektor



Fließend sollten die Übergänge zwischen Spielen und Lernen in der Grundstufe sein.

ADRIAN BAER / NZZ

am Ende seiner Amtszeit an die Urne brachte, war sie wesentlich verantwortlich für seine Ablehnung. Damals konnte man in Zürich nur an der Gesamtschule Unterstrass eins zu eins miterleben, wie die Grundstufe funktioniert. Viele, die Gelegenheit dazu hatten, waren restlos begeistert.

Das 2005 doch noch angenommene Volksschulgesetz war nicht viel anderes als die Vorlage Buschors ohne Grundstufe. Über diese sollte später separat befunden werden – nach einem 2004 gemeinsam mit vielen andern Ostschweizer Kantonen gestarteten Versuch. 27 Versuchsgemeinden mit 89 Grundstufenklassen und 210 Lehrpersonen nahmen im Kanton Zürich daran teil. Keine Gemeinde ist ausgestiegen. Wer sich beteiligte, tat dies mit enormem Engagement und tiefer Überzeugung.

Entsprechend gross war die Enttäuschung, als im November 2012 sowohl die flächendeckende Einführung der Grundstufe (Prima-Initiative) als auch die fakultative Einführung (Gegenvorschlag) von 71 beziehungsweise 54 Prozent der Stimmenden abgelehnt wurde. Mit dem Beginn der Sommerferien geht die Ära der Grundstufe im Kanton Zürich nun endgültig zu Ende. Ein Drittel der Versuchsgemeinden hörte schon

vor einem Jahr auf, die übrigen tun es jetzt, zum letztmöglichen Zeitpunkt.

Ausser im Aargau bleibt die Einführung der Grund- oder Basisstufe in den meisten andern Deutschschweizer Kantonen in unterschiedlichen Ausprägungen weiterhin möglich. Am meisten Bewegung ist in den Kantonen Luzern und Bern zu erkennen. In Luzern gibt es zurzeit in 25 der 83 Gemeinden insgesamt 52 Basisstufenklassen, in Bern nimmt die Zahl der Gemeinden mit einer Basisstufenklasse zu. Nach den Sommerferien gehören 37 Gemeinden dazu, also rund jede zehnte Berner Gemeinde. Das Berner Stadtparlament fordert Basisstufen in der ganzen Stadt.

## Viel neues Know-how

Welches Fazit ist zu ziehen? In der Gesamtschule Unterstrass, die mit einigen andern Privatschulen an der Grundstufe festhält, fand letzte Woche eine Abschlussfeier des Volksschulamts unter dem Motto «Der Versuch war es wert!» statt. Die zehn Jahre Grundstufe hätten die Zürcher Schulen nachhaltig beeinflusst, sagte die Bildungsdirektorin Regine Aepli zu den Beteiligten: «Vieles, was heute in der Eingangsstufe als selbstverständlich gilt, hat seinen

Ursprung in der Grundstufe.» Sie erinnerte an die Aufhebung des Lese- und Schreibverbots im Kindergarten, an die stärkere Berücksichtigung der individuellen Entwicklung der Kinder, an die Kompetenzorientierung des Unterrichts, die im Lehrplan 21 zur Grundlage für die ganze Schulzeit wird.

Einen Dämpfer hatte die Grundstufe 2010 hinzunehmen, als die Evaluationsergebnisse präsentiert wurden. Danach erreichte sie ihre Ziele zwar gut, jedoch mit zwei Abers. Das erste betraf den Kindergarten. Dieser – als überholt kritisiert – hatte sich in der Zwischenzeit auch dank der Grundstufe enorm entwickelt und erzielte in der Evaluation ähnlich gute Leistungswerte günstiger. Das zweite betraf die «Risikokinder». Herkunftsbedingte Unterschiede konnte auch die Grundstufe nicht verringern.

Zu wenig gewürdigt wurden wohl die weniger gut messbaren Wirkungen der Grundstufe auf die Sozial- und Selbstkompetenz der Kinder, wie der Pädagoge Kurt Reusser an der Feier festhielt. Zu diesen gehört auch der Einfluss auf die Unterrichtsentwicklung über die Eingangsstufe hinaus, namentlich was die enge Zusammenarbeit in multiprofessionellen Lehrerteams und das altersdurchmischte Lernen betrifft.

# Kein Bericht zu Mörgelis Leichen

Universität Zürich krebst zurück

In welchem Zustand sich das Medizinhistorische Museum der Universität Zürich wirklich befindet, soll die Öffentlichkeit nun doch nicht sehen. Zu diesem Schluss ist die Universitätsleitung gekommen, wie Rektor Michael Hengartner am Samstag in einem Interview des «Tages-Anzeigers» sagte. Zwar soll eine Handvoll ausgewählter Journalisten die Sammlung zu Gesicht bekommen. Dies aber nur unter der Voraussetzung, dass sie nicht darüber berichten.

Der Entscheid ist bemerkenswert. Anfang Juni hatte die Universität noch Transparenz schaffen wollen über die Zustände in der von Titularprofessor und SVP-Nationalrat Christoph Mörgeli bis zu seiner Entlassung betreuten Sammlung. «Die Öffentlichkeit soll sehen, weshalb wir uns entschlossen haben, eine Million Franken in die Sanierung der Sammlung zu investieren, und weshalb der Einsatz dieser Steuermittel leider notwendig ist», sagte damals Felix Althaus, der für die Universitäts-Museen zuständig ist, der «NZZ am Sonntag». Drei Wochen später ist alles anders. Dass Medien den Zustand der Sammlung beschreiben, hält die Uni nicht mehr für opportun. Dies sei nicht mehr nötig, findet Hengartner, weil die kantonsrätliche Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit in der Zwischenzeit den kritischen Zustand der Sammlung bereits öffentlich gemacht habe. Die Zensur begründet der Rektor damit, dass er nicht wolle, dass es nochmals «einen grösseren Wirbel» gebe.

Die Öffentlichkeit darf somit nicht erfahren, ob die wenigen Journalisten, denen die Sammlung gezeigt wird, zur gleichen Ansicht gelangen wie Hengartner; nämlich, dass die Schlüsse der Expertenkommission Jütte korrekt sind. Im Expertenbericht war unter anderem von undichten Behältern mit Feuchtpräparaten und fragwürdig gelagerten Wasserleichen die Rede.

Durch die Publikation von Zitaten aus diesem Bericht und Auszügen aus der Beurteilung des damaligen Titularprofessors Mörgeli durch seinen Vorgesetzten, Flurin Condrau, hatte der «Tages-Anzeiger» die Affäre Mörgeli im Herbst 2012 ins Rollen gebracht. Mörgeli wurde kurz darauf entlassen. Wie am Sonntag publik wurde, hat das Zürcher Obergericht derweil entschieden, eine Strafuntersuchung wegen Amtsgeheimnisverletzung gegen Condrau zuzulassen. Mörgeli hat den Direktor des Medizinhistorischen Instituts angezeigt, weil er den Bericht zu seiner Leistungsbeurteilung in der Entstehungsphase mit Dritten besprochen haben soll. Die Richter befanden laut «NZZ am Sonntag», dass eine Amtsgeheimnisverletzung nicht auszuschliessen sei.

# Weitsicht im Dunst

An der Üetliberg-Tagung der Zürcher CVP benennen prominente Referenten die Gefahren der Zukunft

«Familienpolitik ist Wirtschaftspolitik» – so das Fazit der Diskussion auf dem Üetliberg, wo die kantonale CVP am Samstag ihre Tagung durchgeführt hat.

Urs Steiner

Nur wenig Dunst am Horizont behinderte am Samstagvormittag den Weitblick vom Üetliberg, wo die CVP des Kantons Zürich ihre Jahrestagung veranstaltet hat. Die meteorologische Situation passte gut zum Themenkreis Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, zu dem sich die eingeladenen Redner Valentin Vogt und Christophe Darbellay äusserten: Das Wetter ist gut, aber man ahnt: In nicht allzu weiter Ferne bräut sich etwas zusammen.

Valentin Vogt, Unternehmer und Präsident des Arbeitgeberverbandes, prognostizierte für die nähere Zukunft dicke Wolken auf dem Arbeitsmarkt. Die Schweiz sei politisch nicht gut gerüstet für die Zukunft – dies insbesondere deshalb, weil es schwieriger werde, politische Mehrheiten zu finden.

## Arbeit braucht Menschen

Als Schlüsselerfolgsfaktor der Schweizer Wirtschaftspolitik und somit unseres Wohlstandes bezeichnete Vogt die Fähigkeit der Schweiz, viele Menschen in den Arbeitsprozess einzugliedern. Es sei zentral, den Arbeitsmarkt offen und flexibel zu halten. Heute würden aber jährlich 5000 Menschen aus dem Erwerbsprozess ausscheiden, in 15 Jahren seien es 40 000. Diesen Abfluss gelte es zu ersetzen. Dafür brauche es einerseits

eine neue Lagebeurteilung der Zuwanderung, andererseits eine bessere Ausschöpfung inländischer Ressourcen. Als Kernelement dafür sieht der Arbeitgeberpräsident neben der Familien- und der Bildungspolitik die Mitarbeiterpolitik in den Firmen.

Beim Thema Familienpolitik war Christophe Darbellay, Präsident der CVP Schweiz, in seinem Element. 1,35 Kinder pro Frau, die gegenwärtige Geburtenrate, reichten nicht aus, um den demografischen Trend zu brechen. Es sei eine Realität, dass wir von der Einwanderung abhängig seien. Die Fussball-Nationalmannschaft zeige deutlich, wie das Land gegenwärtig funktioniere. Dass Familienpolitik Wirtschaftspolitik sei, erlebe er in seiner eigenen Familie: Damit seine Frau ihren Beruf als Anwältin ausüben könne, müssten sie beide grosse Herausforderungen meistern.

Darbellay findet es grotesk, dass Bussen für das Fehlverhalten von Banken steuerlich abzugsfähig seien, die Kinderbetreuung hingegen nicht. Sukkurs erhielt er von der Zürcher Nationalrätin Barbara Schmid-Federer: Nie sei das Niveau der parlamentarischen Diskussion tiefer gewesen als bei der Behandlung der CVP-Familieninitiative.

## Wirtschaftsfeindliche SVP

Unheilige Allianzen zwischen der Linken und der extremen Rechten ortete Darbellay ebenso als Gefahr wie das «Zeichensetzen» bei Abstimmungen. Es gelte den Stimmbürgern zu vermitteln, dass ihre Voten reale Konsequenzen hätten. Auch in diesem Punkt traf sich der CVP-Chef mit der Einschätzung des Unternehmers Vogt: Die Tatsache, dass der im Abstimmungskampf

stets heraufbeschworene grosse Knall, die angekündigte Katastrophe, ausbleibe, verleite die Stimmbürger dazu anzunehmen, die Politiker würden mit ihren Schreckensszenarien übertreiben. In Wahrheit jedoch finde mit der Annahme wirtschaftsfeindlicher Vorlagen ein schleichender Abbau der Wettbewerbsfähigkeit statt. Die bilateralen Verträge seien für die Schweizer Wirtschaft und damit für die Erhaltung des Wohlstandes von zentraler Bedeutung. Insofern verhalte sich die SVP, so Darbellay, absolut wirtschaftsfeindlich, setze sie doch alles daran, den bilateralen Weg kaputtzumachen. Weitere Gefahren für die Schweiz ortete der Parteipräsident in Angriffen auf den Steuerwettbewerb oder auf die Pauschalbesteuerung. Die Schweiz dürfe ihre Standortvorteile, auf die sie dringend angewiesen sei, nicht ohne Not von selber aufgeben.